

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL' ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978  
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 181. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 9. Mai 1978  
der ..... Sitzung, abgehalten in BOZEN am .....

Presiede il PRESIDENTE :  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Molognoni  
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI :  
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth  
Dr. Anselmo Gouthier  
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI :  
Abwesende ABGEORDNETE :

Dr. Silvius Magnago (entsch.)  
LR Fabio Rella (entsch.)  
Alfons Rigott (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung der Tagesordnung vom 24. und 28. April 1978 fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 10.00 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle der 179. und 180. Sitzung vom 3. bzw. 4. Mai 1978 teilt der Präsident mit, daß laut einer Pressemitteilung über ein Schreiben des ASGB, wonach dieser für die deutsch- und ladinischsprachigen Arbeitnehmer die repräsentativste Gewerkschaft darstellt, diese Mitteilung nur den Fraktionsprechern bekannt gemacht wurde, und nicht wie vom ASGB verlangt, dem gesamten Landtag zur Kenntnis gebracht wurde. Dazu stellt der Präsident fest - er verliest das entsprechende Kurzprotokoll, - daß das Schreiben des ASGB am 12. April offiziell im Landtag verlesen wurde.

Außerdem verliest der Präsident ein Schreiben des Landesrates Rella über die Möglichkeiten einer perfekten Erlernung der zweiten Sprache. Der Präsident fordert die Abgeordneten der italienischen Sprachgruppe auf, zum Schreiben Rellas - das zur Verteilung gelangt - innerhalb von 10 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen.

Der Abg. Nicolodi ist aber der Auffassung, daß LR Rella vorerst einen diesbezüglichen Gesetzentwurf ausarbeiten müsse und dann erst von den Abgeordneten ein Gutachten einholen könne. Nach weiteren Wortmeldungen durch Mognoni, Sfondrini und Bertorelle einigt man sich, wie bereits eingangs festgestellt, daß das Gutachten sobald als möglich, jedenfalls innerhalb von 10 Tagen von seiten der Abgeordneten ausgearbeitet werde.

Man schreitet nun zur Behandlung des Punktes 3) der Tagesordnung vom 24. April 1978: Beschlußantrag Nr. 37, eingebracht durch die Abgeordneten Dr. Anselmo Gouthier, Giuseppe Sfondrini, Silvio Nicolodi und Dr. Egmont Jenny, am 28. Februar 1978, betreffend die Zweisprachigkeit.

Vor Behandlung des Beschlußantrages teilt der Präsident dem Landtag mit, daß die Fraktionssprecher in ihrer jüngsten Sitzung den Artikel 102 der Geschäftsordnung dahingehend ausgelegt hätten, daß der Ersteinbringer des Beschlußantrages nach Wunsch und nicht die Landesregierung als letzte das Wort ergreifen könne.

Zum Beschlußantrag selbst ergreift nun als erster der Abg. Gouthier das Wort: Er erklärt einleitend, daß die im Autonomiestatut enthaltene Bestimmung über die Zweisprachigkeit endlich konkret in Angriff genommen werden sollte, wobei es wichtig sei, die Vorbedingungen für die Verwirklichung der Zweisprachigkeit in allen Bevölkerungsschichten und in der öffentlichen Meinung zu schaffen. Es sei nicht angebracht, nur das Assessorat für italienische Schule und Kultur für die Mängel verantwortlich zu machen, die Hauptschuld trage die gesamte Landesregierung und

diese müsse sich verpflichten, das Problem einer positiven Lösung zuzuführen.

Der Abg. Jenny ist der Auffassung, daß die Zweisprachigkeit nicht nur eine technische Fertigkeit sei, sondern daß die Politik der Verständigung der beiden Volksgruppen die Voraussetzung zum Erlernen der zweiten Sprache sei. Er verweist auf das Beispiel im alten Österreich, wo die Erlernung der zweiten Sprache seit Jahrhunderten Selbstverständlichkeit war. Jenny schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die Doppelsprachigkeit von den Nationalisten, die auf beiden Fronten sitzen, sabotiert werde.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß die Lösung des Problems vom politischen Willen der Regierungskoalition SVP-DC abhängt, und man nach 30 Jahren Autonomie immer noch am Anfang sei. Allerdings hänge das friedliche Zusammenleben nicht allein von der Kenntnis der zwei Sprachen ab. Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß das Problem im Zusammenhang mit dem Vereinten Europa gesehen werden müsse und daß es nicht gut gehen könne, jetzt auf einmal die Proporz- und Zweisprachigkeitsbestimmungen ganz streng anwenden zu wollen.

Der Abg. Nicolodi bezeichnet es als ein Grundrecht, daß sich jeder in seiner Muttersprache ausdrücken kann und die Zweisprachigkeit sei eine grundlegende Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben. Die Sozialisten hätten diese Meinung immer schon vertreten.

Der Abg. Erschbaumer kritisiert den Umstand, daß trotz Pariser Vertrag die Gleichstellung der Sprachen immer noch nicht erfolgt sei und es gebe auch noch keine authentische Übersetzung des Autonomiestatuts. Eine wie im Beschlusantrag vorgesehene Tagung über die Zweisprachigkeit sei bereits im Herbst auf Anregung der DC abgehalten worden, deshalb sollte, wenn schon, im Landtag eine ausführliche Diskussion durchgeführt werden.

Landtagspräsident Molignoni nimmt zu den Ausführungen Gouthiers Stellung und bezeichnet die Zweisprachigkeit als eine Grundvoraussetzung, allerdings sei es sehr schwierig, die deutsche Sprache zu erlernen. Die Schule allein könne die Erlernung der zweiten Sprache nicht garantieren und sie stelle nur eine Basis dafür dar. Bis jetzt fehlten Mittel und Programme und viele Italiener wollten ganz einfach nicht deutsch lernen. Abschließend warnt Molignoni davor, unmittelbar vor den Wahlen eine solche Tagung abzuhalten; es würde eine reine Wahlveranstaltung werden.

Der Abg. Bertorelle verweist auf die von der DC im vergangenen Herbst organisierte Tagung und auf die Tatsache, daß nach gründlicher Vorbereitung der zuständige Landesrat demnächst einen Gesetzentwurf

vorlegen werde, mit dem der Deutschunterricht in den italienischen Schulen geregelt wird. Derzeit habe die im Beschlußantrag angestrebte Tagung keinen Sinn.

Der Abg. Achmüller ist der Auffassung, daß die Kommunisten nicht von gemischtsprachiger, sondern von zweisprachiger Bevölkerung sprechen und von der Notwendigkeit der Zweisprachigkeit überzeugt sind. Allerdings können die Südtiroler mit der von der Linksopposition geforderten politischen Lösung des Problems nicht einverstanden sein, denn mit politischen Lösungen der Probleme habe man die Südtiroler oft enttäuscht. Mit welchen Schwierigkeiten die Südtiroler oft zu kämpfen haben, beweise auch die Tatsache, daß jetzt viele Südtiroler, die Wettbewerbe um Staatsstellen gewonnen haben, bei der ärztlichen Visite mit fadenscheinigen Begründungen abgewiesen werden. Dies sei als Angriff der Zentralregierung in Rom auf die Autonomie zu verstehen. Die SVP lehne die Abhaltung einer Tagung über die Zweisprachigkeit vor den Wahlen ab, da sie nur die Fronten verhärten würde.

Der Abg. Gouthier dankt nun seinen Vorrednern für die Stellungnahme und nimmt zu den aufgeworfenen Einwänden Stellung.

Der Beschlußantrag wird nun mit 7 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Präsident vertagt nun die Sitzung auf Mittwoch, den 17. Mai 1978. Ende der Sitzung um 12.35 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

DER PRÄSIDENT:

- Rosa Franzelin-Werth - *R. Franzelin* - Prof. Decio Molignoni -
- Dr. Anselmo Gouthier -
- Anton Kiem - *Anton Kiem*

/mp

\*\* \*\* \* \* \*

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978  
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 181.<sup>a</sup> seduta tenuta a BOLZANO il giorno 9 maggio 1978.....  
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Mognoni  
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:  
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth  
Avv. Anselmo Gouthier  
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:  
Abwesende ABGEORDNETE:

Magnago dott. Silvius (giust.)  
Rella Fabio (giust.)  
Rigott Alfons (ingiust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione degli ordini del giorno del 24 e 28 aprile 1978.

La seduta inizia alle ore 10.

Dopo la lettura e l'approvazione dei processi verbali della 179<sup>^</sup> e 180<sup>^</sup> seduta risp. del 3 e del 4 maggio 1978, il Presidente comunica che in un articolo riguardante la lettera inviata alla Presidenza dall'ASGB, con la quale si chiede il riconoscimento dell'ASGB come organizzazione sindacale piú rappresentativa per i lavoratori di lingua tedesca e ladina, si fa rilevare che la lettera in questione é stata portata solo a conoscenza dei capigruppo e non, come richiesto dall'ASGB, dell'intero Consiglio provinciale. Al riguardo il Presidente precisa, dando anche lettura del relativo passo risultante dal processo verbale, che la lettera dell'ASGB é stata ufficialmente letta davanti al Consiglio il 12 aprile u.sc.

Il Presidente dá quindi lettura di una lettera inviata dall'Assessore Rella, con la quale egli invita i consiglieri del gruppo etnico italiano, ai quali la medesima viene distribuita, a fargli pervenire per iscritto, entro 10 giorni, una presa di posizione in merito all'insegnamento della lingua tedesca nelle scuole elementari.

Al riguardo il consigliere Nicolodi é d'opinione che l'Assessore Rella possa chiedere un parere ai consiglieri solo dopo aver presentato un disegno di legge a disciplina di questa materia. Dopo un intervento del Presidente Molignoni e dei consiglieri Sfondrini e Bertorelle, viene concordato che i consiglieri interessati provvederanno al piú presto possibile e comunque entro 10 giorni, ad inviare il loro parere in merito, come richiesto dall'Assessore Rella.

A questo punto il Consiglio passa alla trattazione del punto 3) all'ordine del giorno del 24 aprile 1978: Mozione n. 37, presentata dai consiglieri provinciali Avv. Anselmo Gouthier, Josef Stecher, Rag. Silvio Nicolodi, Giuseppe Sfondrini e Dr. Egmont Jenny, il giorno 28 febbraio 1978, concernente i problemi del bilinguismo.

Prima di dare lettura della mozione, il Presidente comunica all'Assemblea che il collegio dei capigruppo ha concordato nella sua ultima seduta di interpretare l'art. 102 del Regolamento interno, nel senso che é il primo firmatario della mozione e non la Giunta a potere, su richiesta, intervenire per ultimo.

Aperta la discussione, prende per primo la parola il consigliere Gouthier. Egli esordisce dichiarando che la norma sul bilinguismo prevista dallo Statuto d'autonomia dovrebbe finalmente trovare concreta applicazione. Egli osserva peraltro che per il raggiungimento di tale scopo é importante creare i presupposti in tutti i ceti del

la popolazione e in seno alla pubblica opinione. Il consigliere Gouthier é inoltre dell'avviso che non sia giusto attribuire la responsabilitá per le carenze esistenti in questo campo unicamente al l'Assessorato alla scuola e alle attivitá culturali di lingua italiana, in quanto la responsabilitá maggiore ricade sull'intera Giunta, che é tenuta a portare il problema ad una soluzione positiva.

Il consigliere Jenny é d'opinione che il bilinguismo non sia unicamente un problema tecnico, ma che il presupposto per l'apprendimento della seconda lingua si basi su una politica di intesa fra i due gruppi etnici. Al riguardo egli rimanda alla vecchia Austria, dove l'apprendimento della seconda lingua é stato per secoli un fenomeno del tutto naturale. Concludendo, il consigliere Jenny sottolinea che il raggiungimento del bilinguismo viene sabotato da nazionalisti di ambedue i fronti.

Nel prendere la parola, il consigliere Mitolo dichiara che la soluzione del problema dipende dalla volontá politica della coalizione di governo DC - SVP e che dopo trent'anni di autonomia si é ancora agli inizi. Dopo aver fatto rilevare che la pacifica convivenza non dipende solamente dalla conoscenza della seconda lingua, il consigliere Mitolo é d'opinione che il problema debba essere considerato sotto il profilo dell'Europa unita e che se ora si vuol passare repentinamente alla rigida applicazione delle norme in materia di proporzionale e di bilinguismo, ció non porterá certo a risultati positivi.

Il consigliere Nicolodi definisce essere diritto fondamentale il diritto che ognuno possa esprimersi nella sua lingua madre e sottolinea che il bilinguismo é una premessa fondamentale per la pacifica convivenza. Egli conclude, ribadendo che il PSI ha sempre sostenuto questo punto di vista.

Il consigliere Erschbaumer lamenta che nonostante l'Accordo di Parigi l'equiparazione delle lingue non é ancora garantita e che tuttora non si dispone di un'autentica traduzione in lingua tedesca dello Statuto d'autonomia. Al riguardo egli rileva che una tavola rotonda su questo tema, come richiesta nella mozione, ha giá avuto luogo lo scorso autunno su iniziativa della DC e che, pertanto, sarebbe semmai piú opportuno svolgere un'ampia discussione in merito in seno al Consiglio provinciale.

Nel prendere posizione su quanto rilevato dal consigliere Gouthier, il Presidente Mognoni definisce il bilinguismo un presupposto fondamentale per la popolazione della nostra provincia, facendo peraltro rilevare che la lingua tedesca é molto difficile da apprendere. Egli sottolinea inoltre che la scuola non é in grado di garantire da sola l'apprendimento della seconda lingua, ma puó fornire solo una base in tal senso. Finora sono mancati tanto i mezzi quanto programmi adeguati e

molti cittadini del gruppo etnico italiano si sono semplicemente rifiutati di apprendere il tedesco. Concludendo, il Presidente Malignoni mette in guardia dall'organizzare una conferenza su questo tema immediatamente prima delle prossime elezioni, in quanto ne risulterebbe una vera e propria manifestazione elettorale.

Nel rimandare alla tavola rotonda organizzata dalla DC lo scorso autunno, il consigliere Bertorelle fa presente che prossimamente l'Assessore competente presenterá un disegno di legge, elaborato sulla base di un attento ed approfondito studio della situazione, a disciplina dell'insegnamento della lingua tedesca nelle scuole di lingua italiana. A suo avviso oggi come oggi la conferenza richiesta nella mozione non ha alcun senso.

Il consigliere Achmüller fa rilevare che i comunisti non parlano di popolazione mistilingue, bensí di popolazione bilingue e sono convinti della necessitá del bilinguismo. Egli dichiara comunque che i sudtirolesi non possono essere d'accordo con la soluzione politica del problema come richiesta dall'opposizione di sinistra, precisando, al riguardo, che i sudtirolesi sono rimasti spesso delusi da soluzioni politiche dei problemi. Contro quali difficoltá debbano combattere i sudtirolesi é dimostrato anche dal fatto che ora molti sudtirolesi che hanno vinto concorsi per posti statali non hanno superato la visita medica e ciò con motivazioni poco fondate. Tale dato di fatto va inteso come un attacco del Governo di Roma contro l'autonomia. Egli conclude dichiarando che l'SVP é contraria all'organizzazione di una conferenza sul bilinguismo prima delle elezioni, in quanto ciò comporterebbe solo un inasprimento delle attuali posizioni.

Il consigliere Gouthier ringrazia gli oratori intervenuti nella discussione e prende posizione sulle obiezioni in essa emerse.

Posta in votazione, la mozione viene respinta a maggioranza con 7 voti favorevoli, 13 voti contrari e 4 astensioni.

Il Presidente toglie la seduta e la aggiorna a mercoledì, 17 maggio 1978.


La seduta termina alle ore 12.30.

I SEGRETARI:

IL PRESIDENTE:

- Rosa Franzelin-Werth -  - Prof. Decio Malignoni -

- Avv. Anselmo Gouthier - 

- Anton Kiem 

/rm

\*\* \*\* \*